



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Newsletter 7/2010
Mai 2010

Gewährleistungen im Rahmen einer europäischen Stabilisierung

Die anhaltende Krise an den Finanzmärkten und die Gefahr ihrer weiteren Ausbreitung machten in der vergangenen Woche ein erneutes, rasches politisches Handeln erforderlich. Um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation einer Reihe von Euro-Staaten weiter verschärft, haben wir weitere Maßnahmen zur Sicherung der Finanzstabilität auf der Basis der EU-Vereinbarungen auf den Weg gebracht. Am Freitag haben wir das "Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus" beschlossen.

Dieses Gesetz ist unerlässlich, um eine weitere Eskalation der Krise zu verhindern, die nicht nur die Zahlungsfähigkeit einer Reihe von Staaten, sondern den Fortbestand der gesamten Währungsunion und damit die Stabilität unserer Währung gefährden würde.

Volumen

Mit diesem Gewährleistungsgesetz ist es möglich, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, sofern diese Kredite als Notmaßnahmen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Mitgliedsstaates erforderlich sind, um die Finanzstabilität in der Währungsunion zu bewahren. In dieser Absicht wird die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Mrd. Euro bereitstellen. Gleichzeitig wird eine Zweckgesellschaft gegründet, die Kredite im Umfang von bis zu 440 Mrd. Euro gewährt. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Mrd. Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

Deutschlands Anteil

Die Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein Garantieanteil von 123 Mrd. Euro, der im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % erhöht werden kann. Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einvernehmlicher Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das



der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss.

Begleitende Maßnahmen

>>> Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes:
Als zwingende Konsequenz aus der Krise wollen wir den bereits unter der rot-grünen Regierung ausgehöhlt und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen.

>>> Einführung einer Finanzmarktsteuer:

Die Bundesregierung will im Rahmen der Verhandlungen der G20-Staaten für eine Finanzmarktsteuer eintreten. Dabei ist es wichtig, zu einer internationalen Einigung zu kommen. Falls dies nicht gelingt, muss ein europäischer Weg gesucht werden. Wir wollen die Stabilisierung des Euro. Wir wollen aber auch, dass die Finanzmärkte an der Stabilisierung beteiligt werden. Ob der bessere Weg eine umsatzabhängige Finanztransaktionssteuer oder eine Finanzaktivitätssteuer, die auf die Gewinne der Banken abzielt, ist, wird noch zu entscheiden sein.

>>> **Verbot ungedeckter Leerverkäufe:**

Die BaFin hat am Dienstag ungedeckte Leerverkäufe von Schuldtiteln von Staaten der Eurozone, die an einer inländischen Börse zum Handel im regulierten Markt zugelassen sind, untersagt. Verboten hat sie auch so genannte Credit Default Swaps (CDS), soweit die Referenzverbindlichkeit zumindest auch eine Verbindlichkeit eines Staates der Eurozone ist und sie nicht der Absicherung von Ausfallrisiken dienen (ungedekte CDS). Die Maßnahmen sollen so lange gelten, bis eine entsprechende europäische Regelung in Kraft tritt, zunächst bis zum 31. März 2011.

>>> **Kontrolle der Hedgefonds:**

Nach monatelangem Tauziehen haben sich die EU-Finanzminister am Dienstag darauf geeinigt, hoch spekulative Hedgefonds an die Zügel zu nehmen. Die Richtlinie sieht eine Meldepflicht für in Europa tätige Fondsmanager vor, diese müssen zudem ihre Aktivitäten transparenter machen. Damit die Vorschriften in Kraft treten können, muss im Juli noch das Europaparlament zustimmen. Die Richtlinie soll auch für Beteiligungsgesellschaften ("Private Equity"), Immobilienfonds und andere Investmentprodukte gelten.

>>> **Bankenabgabe:**

Damit in Zukunft nicht wieder allein der Steuerzahler die Zeche für eine Bankenkrise zahlt, plant die Bundesregierung eine Sonderabgabe der Finanzbranche. Geplant ist, dass die Finanzbranche künftig jährlich rund 1,2 Milliarden Euro in einen Notfalltopf einzahlt.

>>> **Bankenaufsicht:**

Künftig soll es die Möglichkeit geben, bei einer sich anbahnenden Insolvenz einer Bank früher einzugreifen. Für Banken, deren Insolvenz das gesamte Finanzsystem bedrohen würde, soll ein neues Verfahren eingeführt werden. Zudem hat das Kabinett einen Gesetzentwurf beschlossen, wonach Kreditinstitute und Finanzdienstleister besser beaufsichtigt werden und die Finanzmarktwächter auf europäischer Ebene enger zusammenarbeiten sollen.

>>> **europäische Ratingagentur:**

Die Einrichtung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur soll größtmögliche Transparenz schaffen.



Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, während eines Treffens der AG Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Führung der DStG in Berlin.

Gute Nachrichten für Thüringer Industrie

Die Auftragseingänge der Thüringer Industriebetriebe nahmen im 1. Quartal 2010 im Vergleich mit den ersten drei Monaten des Vorjahres deutlich zu. Bis Ende März gingen preisbereinigt durchschnittlich 26,8 Prozent mehr Bestellungen ein. Die Aufträge inländischer Kunden stiegen um 27,0 Prozent und die Exportorders um 26,3 Prozent. Das Auftragsniveau liegt aber nach wie vor unter dem des Jahres 2008.

Berufsbildungsbericht 2010

Das Ausbildungsjahr 2010 hat sehr gut begonnen. Das bestätigte die IHK Erfurt. Dies könne als Zeichen der konjunkturellen Erholung gewertet werden, spiegele aber auch die immer frühzeitigere Suche nach geeigneten Jugendlichen wider.

Mit dem Berufsbildungsbericht 2010 unterrichtete die Bundesregierung in dieser Woche über den gesamtdeutschen Ausbildungsstellenmarkt, der sich trotz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vergleichsweise stabil erweist.

Die Zahl der ausbildungsinteressierten jungen Menschen ist demografiebedingt gesunken. Zum zweiten Mal in Folge registrierte die Bundesagentur für Arbeit weniger unversorgte Bewerber/Innen als unbesetzte Ausbildungsplätze. Andererseits gestaltet sich der Einstieg in Ausbildung für eine nicht zu unterschätzende Zahl von Jugendlichen weiterhin schwierig. Auf diese Zielgruppe muss künftig verstärkt die Aufmerksamkeit gerichtet werden, auch um den Fachkräftenachwuchs für Deutschland zu sichern.

Freiwillige Verlängerung des Zivildienstes

In dieser Woche haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes verständigt. Wer nach Beginn des Zivildienstes erkennt, dass er diesen Dienst, vielleicht auch berufsvorbereitend, weiter ausüben möchte, bekommt die Möglichkeit, sich für eine Verlängerung zu entscheiden. Eine solche Verlängerungsoption für 3 bis 6 Monate kann bis zu zwei Monate nach Beginn des Zivildienstes gewählt werden.

Einheitspreis der Bundeszentrale für pol. Bildung

Mit dem „Einheitspreis – Bürgerpreis zur Deutschen Einheit“ ehrt die Bundeszentrale für politische Bildung beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement einzelner Personen und Projekte, die mit ihren kreativen Ideen und Beiträgen auch 20 Jahre nach der Vereinigung den deutschen und europäischen Ost-West-Einigungsprozess gestalten.

Sie engagieren sich in einem Projekt, das die Annäherung von Ost und West in Deutschland oder Europa voranbringt? Sie kennen eine Person oder eine Initiative, die sich auf beispielhafte Weise den Herausforderungen eines geeinten Deutschlands und Europas stellt?

Dann bewerben Sie sich für den Einheitspreis 2010 oder schlagen Sie Kandidaten vor! Einsendeschluss ist der 31. Juli 2010. Nähere Informationen u.a. zum Bewerbungsverfahren unter www.einheitspreis.de.



Wahlkreiswanderung durchs Grammetal mit Mike Mohring.

Spruch der Woche

In der Sendung "Hart aber fair" fragte der Moderator Frank Plasberg seine Gäste, um wie viel Euro wohl die Staatsverschuldung Deutschlands während der Sendung gestiegen sei. Die FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlamentes, antwortete: "Ich würde jetzt mal tippen 6000 Euro".

Schön wär's: Tatsächlich vermehrten sich die Staatschulden in den 75 Minuten um etwa 20 Millionen Euro.

Terminankündigungen

>>>

"Großes Turmuhrfest" in Legefeld. Familienfest mit Kaffee und Kuchen, mobiler Krabbelstube, Feuerwehr, Sackhüpfen, Glücksrad, Mal- und Bastelstraße, Trampolin, Kinderschminken, leckeres vom Grill und aus der Gulaschkanone, Getränke für Jedermann, Modenschau, kleine Tombola u. v. m.

Am 28. Mai, ab 15.30 Uhr rund um das Vereinshaus in Legefeld.

>>>

Ärzte- und Apothekerstammtisch mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Jens Spahn**, zum Thema:

"Können wir uns unsere Gesundheit noch leisten?"

Am 16. Juni, 18.00 Uhr, im "Abacco" in der Kürschnergasse 7 in Erfurt.

>>>

Diskussion mit dem Generalsekretär der CDU und langjährigem Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche, **Hermann Gröhe**, zum Thema:

"Hat das 'C' noch eine Bedeutung für unsere Gesellschaft?"

Am 30. Juni, 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr, Kaisersaal Erfurt in der Futterstraße 15.

Für die beiden letzten Veranstaltungen bitte ich um Anmeldung in meinem Bürgerbüro.

Impressum

Antje Tillmann MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030-22777019 --- Fax: 030-22776497

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 21. Mai 2010